

Kölner Stadtanzeiger vom 02.03.2016, S. 8

Verwirrende Leere

FLÜCHTLINGE In den Erstaufnahmeunterkünften des Landes gibt es viel Platz – Hohe Kosten

VON BARBARA A. CEPIELIK

Köln. Noch immer kommen wöchentlich Tausende Flüchtlinge in NRW und in Köln an, allerdings sind es zurzeit sehr viel weniger Zufluchtsuchende als im November. Doch die Lage in der Region ist nicht eindeutig. Meldungen über zahlreiche freie Plätze und Unterbringungsprobleme stehen nebeneinander.

➔ **Im vergangenen Herbst waren die Flüchtlingsheime des Landes überfüllt, jetzt stehen viele Unterbringungen leer. Warum ist das so?**

Das Land ist für die Neuankömmlinge zuständig und muss sie in Landesunterkünften unterbringen. Weil nicht genügend NRW-Flüchtlingsheime existierten, hatte das Land die Gemeinden um Amtshilfe gebeten, viele Kommunen haben dem Land (gegen Bezahlung) und in Windeseile Häuser und (Zelt)Hallen zur Verfügung gestellt.

Inzwischen sind viele Flüchtlinge aus den Landeseinrichtungen auf die Gemeinden verteilt worden. Deswegen sind aktuell 30 000

der 80 000 bestehenden Plätze des Landes für Flüchtlinge frei. Aber man muss genau hinsehen: Viele dieser Plätze wurden in Provisorien geschaffen, in Festsälen, Turnhallen, Zelten. Das Land hat die kurzfristig akquirierten Jugendherbergen wieder geräumt, Turnhallen sollen vielerorts als nächstes wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung übergeben werden. In Köln werden von der Stadt unterdessen weiter zahlreiche Turnhallen belegt.

➔ **Was passiert nun mit diesen Unterkünften?**

Nicht alle aktuell ungenutzten, provisorischen Unterkünfte können geschlossen werden, die Zahl der Flüchtlinge dürfte im Frühjahr wieder steigen. Aber die Bezirksregierung Köln hat die Gemeinden gebeten, improvisierte Landesunterkünfte zu benennen, die sie gerne wieder selbst (und anders) nutzen würden.

Das hat eine ganze Reihe von Kommunen getan. In den ersten zwei Monaten wurden nach Angaben der Bezirksregierung in der Region 2500 Plätze wieder freigegeben, bis Ende April sollen es

weitere 3500 vom Land angeforderte Plätze sein. Vor allem Turnhallen können dann wieder normal genutzt werden. Manche Gemeinden werden aber auch die Räume, die sie bis jetzt dem Land „geliehen“ haben, nun selbst für ihre Flüchtlinge nutzen.

Derzeit sind in den Landesunterkünften, die die Bezirksregierung Köln errichtet hat, freie Kapazitäten vorhanden. Aber das ist eine Momentaufnahme. Irritierende Meldungen prallen aufeinander: Hier die von Kommunen, deren Flüchtlingsunterbringungen weitgehend leer stehen (siehe Kasten), dort die Nachricht, Köln könnte schon in wenigen Monaten vor dem Problem stehen, Tausenden kein Obdach geben zu können.

➔ **Sind leer stehende Unterkünfte nicht teuer?**

Ein Großteil der Kosten läuft weiter, auch wenn viele Betten unbelegt sind. Zurzeit sind die Landesunterkünfte (darunter viele Notlösungen) nur zu 40 Prozent belegt. Betreuer, Sicherheitsleute und Hausmeister müssen aber weiter bezahlt werden. André Kuper, Flüchtlingsfachmann der CDU im

Landtag, schlägt vor, dass das Land Nordrhein-Westfalen seine Unterkünfte möglichst lange belegt, anstatt Flüchtlinge schnell an die Gemeinden weiterzuschicken. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektiven sollten ab sofort – wie im Asylpaket beschlossen – gar nicht mehr auf Kommunen umverteilt werden. Das würde Gemeinde entlasten, die Kapazitätsprobleme haben.

➔ **Wo hat das Land inzwischen eigene Erstaufnahme-Einrichtungen geschaffen?**

Die Lage für den Raum Köln: In Niederaussem am Kohle-Kraftwerk wurde eine neue Landesunterkunft (in Traglufthallen) eröffnet, getragen und betrieben von den Maltesern.

In Leverkusen entstanden Großunterkünfte im Auftrag des Landes NRW, ebenso wie ein Containerdorf in Köln-Bayenthal. Auch in Köln Marsdorf – auf dem Gelände, auf dem der Großmarkt angesiedelt werden soll – wird ein NRW-Erstaufnahmezentrum errichtet (für 1500 Menschen). Außerdem existieren auch für Vogelsang (Eifel) entsprechende Pläne.

Bochum wird für alle die erste Station im Land

Nordrhein-Westfalen richtet die Erstaufnahme für Flüchtlinge neu aus. Alle ins Land kommenden Asylbewerber sollen zuerst in einer neuen Landeserstaufnahme (LEA) in Bochum registriert werden. Ziel ist eine effektivere Verteilung und die Vermeidung von Mehrfachregistrierungen. Die neue Registrierungsstelle wird mit der nationalen Flüchtlingsdatenbank verbunden.

Die Einrichtung soll im Sommer in einer ehemaligen Polizeikaserne die Arbeit aufnehmen. Von

dort sollen die Asylsuchenden auf die Erstaufnahmeeinrichtungen im Land gleichmäßig verteilt werden.

Die Landes-Erstaufnahme sei in der Lage, die Identität der Flüchtlinge schnell mit der bundesweit verfügbaren Datenbank abzugleichen, heißt es. Flüchtlinge, die über die zentralen Drehscheiben wie Düsseldorf NRW erreichen, sollen direkt mit Bussen nach Bochum gebracht werden. Dort werden sie auch medizinisch untersucht. (dpa)

Unmut in der Bürgerschaft

Köln befürchtet bald wieder Platznöte. Es gibt aber auch Leerstände in kommunalen Einrichtungen. Niemand weiß, wann die Plätze wieder benötigt werden.

In Weilerswist-Vernich steht die Tomberghalle – eine Turnhalle – seit Herbst für 100 Flüchtlinge bereit. Offiziell gemeldet sind dort 16 Flüchtlinge, permanent anzutreffen seien dort drei Männer. Trotzdem laufen alle Kosten weiter – für Sozial- und Wachdienste knapp 2000 Euro pro Tag. In der Bürgerschaft mehren sich Protes-

te: Möglicherweise seien weder die Belegung der Halle noch der Neubau von Flüchtlingsunterkünften nötig, die Stadt habe vorzeitig gehandelt. Zumal die Ankündigung einer Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer im Raum steht. Bürgermeisterin Anne Horn verteidigt ihr Handeln: Man habe „aufgrund der Fakten vom Dezember 2015 gar nicht anders entscheiden können“. In Eisdorf im Rhein-Erft-Kreis bietet eine Dreifachsporthalle 150 Erstaufnahmeplätze. Zurzeit leben dort 46 Menschen. (bz, dfr)